



BURMA REPORT

Oktober 2009

မြန်မာ - မှတ်တမ်း

Ausgabe 77

Free all political prisoners, free Aung San Suu Kyi, free Burma.

AHRC <listadmin@ahrchk.net - Fri, 18. Sep 2009

UPI's Asia Online

<http://www.upiasia.com/Human_Rights/2009/09/17/pinning_hope_on_burmas_hopeless_constitution/1829/>

Hoffnung auf Burmas hoffnungslose Verfassung setzen

Awzar Thi, 17. September 2009

Hong Kong/China: Im vergangenen Jahr erhielt Burma mitten unter Tod und Zerstörung durch den Zyklon Nargis eine neue Verfassung. Jetzt informieren sich Menschen innerhalb und ausserhalb des Landes selbst über eine irgendwie geartete Wahl für 2010, der die Eröffnung eines neuen Parlamentes folgen soll, wenn der Vertrag in Kraft tritt.

Die Abstimmung wird für 2010 erwartet, obwohl bisher keinerlei Einzelheiten bekannt wurden wie diese vor sich gehen soll. Das Regime könnte immer noch jede Menge von Gründen als Entschuldigung für ein Aufschieben nennen, sollten Seniorgeneral Than Shwe und seine Astrologen befinden, dass der Zeitpunkt nicht der richtige sei.

Einige Analysten - einschliesslich ehemalige Diplomaten und andere, die sich in ihren Zirkeln bewegen - sehen Hoffnung für einen Wandel in der Verfassung und der geplanten Wahl. Sie argumentieren, dass obgleich das parlamentarische System sich unter Militärkontrolle befinden wird, es immer noch Platz bietet für Menschen, die in den letzten Dekaden keine Chance hatten, an der Regierung teilzunehmen.

Auf die eine oder andere Weise, so sagen sie, wird die Macht verteilt sein und so Gelegenheiten bieten. Und ob man es nun mag oder nicht, so ist der Wahlzirkus der Junta der einzig vorhandene.

Aber diesen Monat teilte das Asian Legal Resource Center dem Menschenrechtsrat der UNO eine gänzlich ande-

re Meinung mit. Die in Hong Kong niedergelassene Gruppe argumentiert, dass in seiner gegenwärtigen Form die Charta von 2008 keinesfalls als Verfassung bezeichnet werden kann, ganz abgesehen davon, dass diese den Menschen in Burma nicht erlauben wird, ihre Zukunft zu gestalten.

Als Gründe hierfür hebt das Center fünf Aspekte der Verfassung hervor.

Zu allererst stellt das Dokument fest, dass die Fachgebiete der Regierung "in einem möglichen Ausmass" zu trennen seien. Die Gruppe stellt fest, dass dies keine taugliche Garantie für die Unabhängigkeit der Justiz bedeutet, wie manche Leute es verstanden haben wollen, sondern das ganze Gegenteil. Es ist das Versprechen für Unabhängigkeit. Es ist die Umkehrung der Norm in die Festlegung einer Tatsache: dass Burmas Gerichtshöfe nicht anders operieren und nicht anders operieren werden als nur als Anhängsel der Exekutive.

Zum zweiten wird der Armee und nicht der Justiz die direkte Verantwortung für die Verteidigung der Verfassung übertragen. Wie dies vonstatten gehen soll, wird nirgends erklärt. Die Verbindung zu einem neuen Verfassungstribunal, das die Rolle der Auslegung der Charta übernimmt, wird ebenfalls nicht erklärt.

Drittens stellt das Center fest, dass den Streitmächten und nicht der Justiz die Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Gesetzes im Lande übertragen wird. Die Fürsprecher für die Verfassung scheinen die Absurdität dieser Klausel und deren Bedeutung übersehen oder ignoriert zu haben.

Viertens legt die Verfassung fest, dass es in der Befugnis des amtsinhabenden Präsidenten liegt, hochrangige Richter zu ernennen oder zu entlassen, anstelle ein unabhängiges Justizgremium für diesen Zweck einzusetzen, was zu den offensichtlichen Konsequenzen führen wird.

Zum fünften sind die Erklärungen des Rechts der Charta nicht nur absurd und in jedem Punkt unqualifiziert, sondern sie unterminieren die bestehen-

den Gesetze des allgemeinen Strafrechts. So wird zum Beispiel das Recht, innerhalb von 24 Stunden nach der Festnahme einem Richter vorgeführt zu werden, in der neuen Verfassung durch die Klausel pervertiert, dass dieses Recht nicht zur Anwendung kommt in Fällen, in denen "Vor-sichtsmassnahmen für die Sicherheit der Union getroffen werden müssen oder zum Vorherrschen von Recht und Ordnung, Frieden und Ruhe in Übereinstimmung mit dem Gesetz und im Interesse der Öffentlichkeit".

Diese Art des lächerlichen Vorbehalts negiert wiederum vollständig das angebliche Recht auf das es sich bezieht.

Das Center kommt zu dem Schluss, dass die sogenannte Verfassung von 2008 als oberstes Recht versagt, da es weder eine normative Basis für ein zusammenhängendes Rechtssystem abgibt noch die Rechte der Bürger schützt, ganz abgesehen davon, dass es keine Handhabe dafür bietet, dass die Bestimmungen der Charta ausgeführt werden.

Sri Lankas Richter, Basil Fernando, schrieb, dass die Anerkennung der neuen Verfassung seines Landes in 1978, den Staat vollständig aus dem Orbit der Verfassungsmässigkeit und in ein Schwarzes Loch, in dem alles möglich wird, katapultiert hat, wo die Konflikte, die die Insel in den letzten Jahrzehnten heimsuchen, blühen.

Burma bewegt sich schon länger in seinem Schwarzen Loch, die meiste Zeit davon ohne Verfassung. Indem sie nach einem Ausweg suchen, haben sich einige Kommentatoren selbst in die Irre geführt, indem sie denken, dass bereits das alleinige Bestehen einer Verfassung das Land auf eine irgendwie geartete verfassungsmässige Bahn zurückbringt, ganz gleich, wie weit eine solche davon entfernt ist. Dies ist ein Fehler.

Während die Autoren die legislativen Sitze in Nachahmung von Soehartos Indonesien der Armee zugedacht haben, haben sie wohl die ausführende Präsidentschaft von Sri Lanka ...

... kopiert, wo seit 1978 die diktatorische Macht dem Präsidenten übertragen wurde, was sehr erfolgreich die parlamentarische Demokratie zerstört hat und die Gerichtshöfe unterminiert.

In Burma wurde vor langem die Demokratie zerstört und die Gerichtshöfe vernichtet, und deshalb ist es das Anliegen der Verfassung nicht, das zu erreichen, was bereits getan wurde, sondern wie Möglichkeiten zu schaffen, die Dinge so zu belassen wie sie sind und den Anschein des Gegenteils zu erwecken.

Dies wird eine gewisse Mühe des Jonglierens erfordern und die Bereitschaft zu einigen Kompromissen. Aber es macht wenig Sinn, naive Hoffnungen zu hegen, dass innerhalb des Rahmens der Verfassung echte Möglichkeiten für einen Wandel liegen. Menschen mit der Hoffnung für eine Zukunft in Burma, sollten diese woanders festmachen.

Aung Thu <aungthu@t-online.de>- Burma News - 09
September 2009 - "Burma_news" <burma_news@verizon.net>

The Washington Post -

Mittwoch, den 9. September 2009

Eine "Wahl", die das burmesische Volk nicht braucht

Dem kürzlichen Besuch von Senator James Webb in mein Land und sein Zusammentreffen mit Seniorgeneral Than Shwe und mit der inhaftierten Nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi wurde viel Aufmerksamkeit gewidmet. Ich kann Webbs Wunsch nach einem bedeutsamen Dialog mit der regierenden burmesischen Obrigkeit verstehen. Bedauerlicherweise haben seine Bemühungen unserer demokratischen Bewegung geschadet und die Aufmerksamkeit auf das falsche Thema gelenkt - die Möglichkeit einer "Wahl", deren Teilnahme im nächsten Jahr als Teil einer langangelegten politischen Strategie uns Webb in Erwägung zu ziehen wünscht. Aber diese Vorzeigewahl, die das Militärregime plant, verhöhnt die Freiheit, die unser Volk ersehnt und wird das Militärregime zu einem dauernden machen.

In unserer letzten freien Wahl hat das burmesische Volk das Militärregime abgelehnt und unsere National League for Democracy erdrutschartig mit mehr als 80% der Sitze im Parlament belohnt.

Trotzdem verweigerte das Militär der NLD, eine Regierung zu bilden. In den

19 Jahren seit dieser Wahl wurden burmesische Aktivisten für Demokratie eingesperrt, eingeschüchtert, gefoltert und getötet als sie friedlich Gerechtigkeit sowie individuelle und ethnische Rechte einforderten, wie auch eine demokratische Regierung, die das ganze burmesische Volk repräsentiert.

Während die NLD nie ihren Kampf um Demokratie aufgegeben hat, versuchte sie fortwährend, einen offenen Dialog auf der Basis des Friedens und gegenseitigem Respekts mit dem Regime zu beginnen, in dem Burmas kritische politische wie auch soziale Probleme angesprochen würden. Täuschen Sie sich da nicht - diese beiden Themen gehören zusammen. Burma war einst die Reisschüssel Asiens. Heute ist Burma wegen der destruktiven Wirtschaftspolitik und der niederdrückenden Anwendung militärischer Gewalt ein zerrüttetes, verarmtes Land.

Das Regime versucht, sich durch eine Vorzeige-"wahl" den Anstrich von Legitimität zu verleihen und verkündet, dass im nächsten Jahr eine "disziplinierte Demokratie" eingeführt werden wird. Aber im Mai 2008, nur wenige Tage nachdem eine furchtbarer Zyklon Burma verwüstete und mehr als 100.000 Menschen tötete, verkündete das Regime, in einem absurden Prozess 93% der Wählerstimmen für eine Verfassung erhalten zu haben, die für immer die Militärregierung befestigen wird und diejenigen, mit undefinierten "fremdländischen Bindungen" davon abhält, ein öffentliches Amt zu bekleiden - eine Auffangbestimmung, die Suu Kyi und demokratische Aktivisten daran hindern wird, ein Amt einzunehmen.

Einige internationale Beobachter sehen in den für nächstes Jahr geplanten Wahlen ein Chance. Aber unter den Umständen, die die Verfassung des Militärs verlangt, wird die Wahl eine Augenwischerei sein. Wir werden unsere demokratischen Prinzipien, für die viele Millionen von Burmesen marschierten, festgenommen, gefoltert wurden und starben, nicht opfern für einen Prozess, der keinerlei Hoffnung gibt, je die Freiheit für unser Land zu erwerben.

Die Forderungen der NLD sind angemessen. Wir gaben im April eine weitere Erklärung heraus, mit der wir zu einer Verbindung mit dem Militär aufrufen und die Freilassung aller politischen Gefangenen forderten, wie auch die vollständige Überarbeitung der Verfassung, sowie die Wiedereröffnung der NLD-Büros und das Recht der frei-

en Versammlung. Die Antwort des Regimes hierauf war die Fortdauer von Suu Kyis Haft und von weiteren 2000 Aktivisten, militärische Offensiven gegen ethnische Gruppierungen und die Durchsetzung von Vorschriften, die die Demokratie knebeln.

Wie kann die internationale Gemeinschaft eine bedeutsame Rolle spielen? Zuerst sollten Vertreter wie Webb, es unterlassen, bezüglich China Panik zu machen. Seine Sprache hinsichtlich China und der Zusammenarbeit mit dem burmesischen Regime basiert auf überholten und unrealistischen Theorien. Suu Kyi hat solcherlei Vorstellungen verworfen, indem sie Webb darüber informierte, dass "wir uns auf niemandem, der furchtsam und unsicher ist" einlassen werden. Wir werden mit allen gleichermassen freundlich in Verbindung treten, mit China, Amerika oder auch Indien. Da wir uns unsere Nachbarn nicht aussuchen können, sehen wir, dass wir gute Beziehungen zu China unterhalten müssen". Zum anderen ermutigt die NLD andere Länder und internationale Organisationen mit der burmesischen Militärregierung in Verbindung zu treten und sie dazu aufzufordern, mit uns und den burmesischen ethnischen Gruppierungen zusammenzuarbeiten. Die Vereinigten Staaten und viele andere Länder haben Sanktionen gegen Burma erhoben. Das ist ihre Entscheidung und steht im Einklang ihrer berechtigten Anerkennung demokratischer Werte, die uns allen so teuer sind. Sollte das Regime ernsthaft auf die Forderungen der NLD und die ethnischen Vertreter eingehen, die politischen Gefangenen entlassen, ihre Angriffe gegen ethnische Minderheiten einstellen und weitere Schritte zur Errichtung eines demokratischen Staates unternehmen, dann werden diese Sanktionen zur rechten Zeit eingestellt werden.

Bis dahin sollte niemand unseren Entschluss in Frage stellen. Die NL ist der Spiegel der burmesischen Gesellschaft. Wir werden uns nicht zu einer Teilnahme an einem verhängnisvoll mangelhaften Prozess drängen oder zwingen lassen, der das burmesische Volk der Freiheit beraubt, für die es kämpft. Wir sind bereit, uns zu engagieren, aber wir sind mehr als willens, für die demokratischen Werte, für die so viele ihr Leben hingegeben haben, zu kämpfen.

U Win Tin ist Mitglied des Zentralkomitees und Mitbegründer der burmesischen Partei National League for Democracy. Von 1989 bis 2008 war er politischer Häftling. *****

The Irrawaddy, 14. September 2009

Newsletter - September 14, 2009 - news@irrawaddy.org

Beijings Einfluss auf die Junta wird überschätzt: ICG

WAI MOE <http://www.irrawaddy.org/print_article.php?art_id=16783>

Eine führende politische Ideenschmiede, die International Crisis Group (ICG), sagte am Montag, dass obwohl viele der Ansicht seien, China würde die Hauptrolle zufallen, die Junta zu politischen Reformen zu bewegen, sein Einfluss überschätzt wird.

Einem neuen Bericht einer in Belgien niedergelassenen NGO über die sino-burmesischen Beziehungen ist zu entnehmen, dass Beijings Einfluss auf die burmesische Junta ganz klar seine Grenzen hat, eine Tatsache, die durch den Überfall der burmesischen Regierungstruppen in der Region von Kokang unterstrichen wird, eine Tat, die gegen 37.000 Menschen zur Flucht nach China zwang. Der chinesische Vizepräsident Xi Jinping, hielt in der Grossen Halle des Volkes in Beijing am 16. Juni 2009 eine Willkommensparade zu Ehren von General Maung Aye, Vizepräsident der herrschenden burmesischen Junta, ab.

Der Bericht des ICG war von Mitarbeitern des ICG in Peking, Djakarta und Brüssel unter dem Titel "Chinas Dilemma mit Myanmar" herausgegeben worden.

"Die alleinige Aufforderung an Beijing, mehr Druck auszuüben, wird keinen Wandel herbeiführen," sagte der ICG-Bericht. "Die abgeschotteten und nationalistischen Führer der Militärmacht nehmen von niemandem Befehle an, auch nicht von Beijing".

Es sagte, dass "nach zwei Dekaden vergeblicher internationaler Annäherungsversuche an Myanmar (Burma) die westlichen Länder und China bessere Wege der Zusammenarbeit finden müssen, um die vom Militär regierte Nation zu einem Wandel zu bewegen.

Dem Bericht ist zu entnehmen, dass der Kokang-Konflikt die Komplexität der chinesisch-burmesischen Beziehungen erleuchtet und die Tatsache, dass Beijing nicht in der Lage war, die burmesischen Generäle von ihrer blutigen Kampagne abzuhalten.

Er stellt auch fest, dass es sich bei der

Beziehung zwischen Beijing und Naypyidaw "eher um eine Vernunfttete als um eine Liebesheirat handele".

Die ICG, die häufig damit beauftragt wird, Weltorganisationen wie die UNO, die EU und die Weltbank zu beraten, sieht das hauptächliche Problem im Status quo (in Burma), besonders in seiner Wirtschaftspolitik und dem Umgang mit ethnischen Themen und in der von Beijing bevorzugten Lösung einer allmählichen politischen Anpassung durch eine starke Zentralregierung und nicht in einer Föderation oder liberalen Demokratie und ganz bestimmt nicht in einem Regierungswechsel.

Die ICG erwähnt weiter in seinem Bericht, dass die instabilen burmesischen Faktoren an der chinesischen Grenze, wie Aufruhr, Drogen und Krankheiten Chinas Interesse an dem Land beeinflussen würden.

Er sagt, dass es sich bei dem Interesse Beijings an Burma hauptsächlich um wirtschaftliche Interessen handelt.

Um jedoch die engen Beziehungen zu erleuchten, weist der Bericht darauf hin, dass in der Zeit von 2003 bis 2009 30 Treffen zwischen der chinesischen Regierung und der Junta stattgefunden haben, davon 15 nach der brutalen Niederwerfung friedlicher Demonstrationen im September 2007 durch das Regime.

Die ICG hat in den vergangenen zwei Monaten 2 Berichte über Burma herausgebracht, davon einen am 20. August unter dem Titel "Myanmar bewegt sich auf Wahlen zu". Sie ist der Ansicht, dass die Wahlen von 2010, trotz bedeutender Mängel, Möglichkeiten für allgemeine und institutionelle Veränderungen bieten könnten.

Sie bezweifelt jedoch, dass die Wahlen die Lösung des Konfliktes in Burma einschliesslich der Auseinandersetzungen an der sino-burmesischen Grenze bringen werden.

Zin Linn <zinlinn@cscoms.com>

[NLDmembersnSupportersofCRPPnNLDnDASSK] NCGUB: News & Articles on Burma, Monday, 14 September, 2009

The Irrawaddy, Montag, den 14.

September 2009 - news@irrawaddy.org

<http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=16777>

Pen Jiasheng bricht sein Schweigen -

THE IRRAWADDY

Der abgesetzte Kokang-Chef, Peng Jiasheng, berichtete dem Irrawaddy, dass der Angriff der burmesischen Militärregierung auf sein Hauptquartier in Laogai der Versuch der Junta war, die ethnische Gruppe der Kokang und anderer bewaffneter ethnischer Gruppen zu beseitigen und ein "vereintes Land" unter der Militärregierung zu gründen.

In seinem ersten Interview seit dem Fall von Laogai am 24. August und dem nachfolgenden Exodus von mehr als 30.000 Flüchtlingen nach China, behauptet Peng, dass die burmesischen Regierungstruppen unter der Zivilbevölkerung mordete, sie vergewaltigte, Häuser und Geschäfte in Laogai plünderten.

"Viele Menschen fürchten sich noch immer, nach Hause zurückzukehren," sagte er. "Die meisten Geschäfte, die chinesischen Geschäftsleuten gehörten, wurden vernichtet oder geplündert. Dies ist eine Katastrophe. Die blühende Stadt, die wir noch vor einigen Monaten hatten, existiert nicht mehr. Die Menschen leben in tiefster Verzweiflung".

In einem Überraschungsangriff im vergangenen Monat brach das Militärregime den Waffenstillstand mit verschiedenen ethnischen Gruppen und eroberte die Hauptstadt Kokangs.

Seit dem Angriff herrscht Unsicherheit in allen Kachin- und Shan-Staaten wie auch in den Städten entlang der sino-burmesischen Grenze in Yunnan, China.

Weitere Stillstandsgruppen in Nord- und Nordostburma - insbesondere die Armee der Vereinigten Wa-Staaten, die Unabhängigkeitsarmee der Kachin und die National Democratic Alliance Armee haben Stellung bezogen und eine Verteidigung gegen mögliche Angriffe durch die Junta errichtet.

Während des Angriffs in Lagoai gab das Regime an, nach illegalen Drogen und Waffen zu suchen.

.... ↗

In einer Presseerklärung der vergangenen Woche berichtete der stellvertretende Innenminister, Brigadegeneral Phone Swe, dass die Regierungstruppen am 8. August eine Waffenfabrik in der Nähe der chinesischen Grenze ausgehoben hätten, nachdem sie in einem Ministertreffen mit China über transnationale Kriminalität informiert worden waren.

Zuvor hatte die Junta berichtet, dass die ethnische Kokang-Miliz einen Kontrollpunkt der Polizei überfallen und 39 Polizisten in Geiselhaft genommen hätte. 15 Offiziere seien später getötet worden, was zum Ausbruch eines Gefechtes führte und laut den staatlichen Medien den Tod von 11 Soldaten und 8 Angehörigen der Miliz forderte.

Als Antwort auf die Anschuldigung, dass die Kokang-Chefs eine illegale Waffenfabrik unterhielten, sagte Peng zum Irrawaddy: "Viele unserer Waffen müssen repariert werden. Deshalb ist es sinnvoll, eine Fabrik zur Reparatur von Waffen zu unterhalten. Diese Fabrik war allen SPDC- (Staatlicher Friedens- und Entwicklungsrat)-Mitgliedern in Kokang bekannt. Sie hatten sie zuvor besucht. Jetzt verwendeten sie sie als Vorwand für ihren Angriffes gegen uns.

"Die burmesische Nationalarmee ist die stärkste Kraft im Land. Sie können jede ethnische Gruppe, so wie es ihnen gefällt, niederschlagen. Sie können jede Waffenstillstandsgruppe des Drogenhandels, Waffenbesitzes oder was auch immer, beschuldigen".

Trotz des Rufes, einer der prominenten Drogenhändler der Region zu sein, schlug Peng gegen Naypyidaw zurück, indem er sagte, dass es keinen Mohnanbau in irgendeiner der Sonderregionen des Shan-Staates gebe, was durch Untersuchungen internationaler Agenturen bestätigt worden sei.

"In den vom SPDC kontrollierten Gebieten gibt es mehr als 250.000 mu (chinesisches Flächenmass, = 667 Quadratmeter) mit Mohnanbau. Dies zeigt die Art und Weise, wie die Junta auftritt," sagte er.

Ben Rogers <brogers50@hotmail.com>-
[NLDmembersnSupportersofCRPPnNLDnDASSK] Wall
Street Journal - Burma and Japan-Thu, 24. Sep 2009

Wall Street Journal - SEPTEMBER 23, 2009
<<http://online.wsj.com/article/SB1000142405297020448304574427782607934914.html>>

Hatoyamas Burma-Test

BENEDICT ROGERS und YUKI AKIMOTO

Tokios Junta-Politik ist reif für eine Neubewertung

23. September 2009

Premierminister Yukio Hatoyama wird in den ersten Monaten nach seinem Amtsantritt viel auf der Tagesordnung haben. Ein besonderes Gebiet, das nach Veränderung ruft, ist Japans Beziehung zu Burma.

Kein anderes Land trägt historisch eine grössere Verantwortung für Burma als Japan. Aung San, Führer des Unabhängigkeitskampfes vom britischen Kolonialismus, erhielt in der späten 1930er und 1940er Jahren sein militärisches Training in Japan. Im 2. Weltkrieg besetzte Japan Burma und ging brutal gegen ethnische Gruppen vor, die sich weiterhin auf der britischen Seite befanden. Später studierte Aung Sans Tochter, Aung San Suu Kyi, in Kyoto bevor sie in ihr Land zurückkehrte, wo sie 1988 eine Wahlkampagne für Demokratie führte. Aber Japan hat seine politische und finanzielle Unterstützung dem burmesischen Militäregime gegeben, um die eigenen kurzzeitigen ökonomischen Interessen zu wahren, hat seine Beziehungen zu China gesichert und vertritt die irrierte Ansicht, dass eine Beschwichtigungspolitik Früchte tragen wird.

Dies hat Tokios Aussenminister in moralische und rhetorische Knoten verstrickt. Beamte verteidigten das Scheinreferendum des vergangenen Jahres für eine neue Verfassung. Ein Bürokrat behauptete ohne das Gesicht zu verziehen, dass die Junta "termingerecht" gehandelt habe und dass Dissidenten vor ihrer Inhaftierung der Prozess gemacht würde. Als im Februar 6.300 Gefangene freigelassen wurden, begrüßte Japan dies als "positiven Schritt" - obgleich die meisten der Freigelassenen gewöhnliche Kriminelle waren und nur 30 unter ihnen politische Häftlinge.

Auch setzte sich die vorherige japanische Regierung nicht sehr stark für die Verteidigung der Demokratie ein angesichts der Wahlen, die 2010 stattfinden sollen, obwohl Aung San Suu Kyi und andere führende

Demokraten ausgeschlossen werden sollen. "Die Bedeutung von "frei und fair" ist sehr schwer zu fassen", sagte ein Beamter des Aussenministeriums zu Beginn des Jahres. Tokio tat im Mai diesen Jahres den Prozess über Mrs. Suu Kyi als "innere Angelegenheit" ab. Vergangenen Monat führte der ehemalige Aussenminister, Hirofumi Nakasone, Gespräche mit Htay Oo, Generalsekretär der zivilen Miliz des Regimes, der Union Solidary and Development Association (Vereinigte Solidaritäts- und Entwicklungsgesellschaft USDA). Die USDA organisierte 2003 einen mutmasslichen Mordanschlag auf Mrs. Suu Kyi.

Falls Mr. Hatoyama es ernst meint mit einem Wandel, dann muss die gesamte Vorgehensweise Tokios sich ändern. Der erste Schritt wäre dann, dass sich Tokios Rhetorik über die "Wahlen" des kommenden Jahres ändert. Statt die Junta zu unterstützen, könnte Tokio einen wirklichen Demokratisierungsprozess fordern und es ablehnen, Scheinwahlen zu bestätigen.

Japan hat viele Möglichkeiten für einseitige Aktionen. Japan ist der grösste Geber für Burma in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Tokio könnte den Finanzfluss beenden, der bei dem Regime und seinen abhängigen Organisationen verbleibt, und das Geld auf humanitäre Hilfe durch unabhängige Agenturen umleiten. Dies würde das Hauptproblem der japanischen Hilfe für Massnahmen wie Studien-Stipendien für Beamte des Regimes in Japan oder Projekte, die die USDA sponsort, lösen. Stattdessen sollte japanische Hilfe für Flüchtlinge, Zwangsevakuierete im Innern und Menschenrechts- und demokratische Projekte aufgestockt werden. Beim Handel könnte Japan die Einfuhr burmesischer Produkte wie Erdgas, Nutzholz und Edelsteine verbieten. Die japanische Regierung sollte sich auch aus der Nippon Oil Exploration (Myanmar) lösen, die Anteile an der Entwicklung von Erdgas in Burma hat.

Dann gibt es noch die multilateralen Aktionen: Japan, die USA und Kanada könnten gezielte finanzielle Sanktionen gegen die Führer der Junta ausarbeiten. Tokio sollte damit beginnen, die Konten der Spitzenfunktionäre und der Günstlinge des Regimes, die bereits Ziel solcher Sanktionen sind, in Banken, die in Japan ansässig sind, einfrieren, wie auch alle finanzielle Transaktionen, an denen diese individuell oder auch als juristische Personen beteiligt sind, verbieten. Als Mitglied ... ↗

... des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, kann die Regierung Hatoyama die Initiativen in Diskussionen über Burma ergreifen. Japan hat keinen Waffenhandel und daher nichts zu verlieren, wenn es eine Kampagne für ein allgemeines Waffenembargo für das Regime anführt. Japan könnte ebenfalls eine Untersuchungskommission der UNO unterstützen, um Menschenrechtsverletzungen in Burma zu untersuchen.

Mr. Hatoyama hat lange Zeit die Demokratie in Burma unterstützt. 2007, nur wenige Tage, nachdem der japanische Journalist Kenji Nagai aus geringer Entfernung in Rangoon erschossen wurde als er filmte, wie das burmesische Militär friedliche Proteste von burmesischen Mönchen zermalmte, stellte Mr. Hatoyama folgende Frage an den Premierminister: "Die Antwort der japanischen Regierung kam sehr langsam. Es sollte die japanische Regierung sein, die die internationale Gemeinschaft anführt und das Militärregime dazu auffordert, sich zu kontrollieren und alle Häftlinge freizulassen, einschliesslich Daw Suu Kyi, und alle Anstrengungen zu unternehmen, dass sich die Demokratisierung in Burma verwirklicht." Jetzt bietet sich die Gelegenheit, dieses Leitbild zu verwirklichen.

The Irrawaddy - 24. September 2009 -
Newsletter <news@irrawaddy.org>

Clinton: Die neue Politik der USA sollte Engagement wie auch Sanktionen beinhalten -

LALIT K JHA

<http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=16848>

Washington: In einer Vorausschau der neuen US-Burma-Politik mit den 17 Mitgliedern der UN-Gruppe der Burma-Freunde in New York, sagte Aussenministerin Hillary Clinton, dass die USA gleichermassen eine Politik des "Dialoges" wie auch der "Sanktionen" verfolgen wird.

Clinton sagte am Mittwoch, dass die Hauptziele der USA unverändert geblieben sind. Sie sagte nach dem Treffen zu Reportern: "Dialog gegen Sanktionen ist unserer Meinung nach die falsche Wahl. Wenn wir aber so vorgehen, werden wir beide Instrumente in der Verfolgung unserer selben Ziele

anwenden können".

Die Vereinigten Staaten planen, sich diplomatisch in dem vom Militär regierten Burma zu engagieren und gleichzeitig Sanktionen zu verfolgen, sagte die US-Aussenministerin Hillary Clinton.

Die USA fordert glaubhafte demokratische Reformen, die sofortige Freilassung aller politischen Häftlinge, einschliesslich Aung San Suu Kyis und einen ernsthaften Dialog mit der Opposition und den ethnischen Minderheitsgruppen, sagte sie.

"Um dazu beizutragen, demokratische Reformen zu erzielen, werden wir uns direkt mit den burmesischen Behörden in Verbindung setzen. Dies ist eine Politik, die einen breiten Konsens in unserer Regierung hat, und wir werden im weiteren Fortgang darüber berichten," sagte Clinton. "Wir glauben, dass Sanktionen weiterhin ein wichtiger Teil unserer Politik sind, aber für sich allein haben sie nicht die vom burmesischen Volk erhofften Ergebnisse gebracht".

Indem sie sich auf die neue Politik bezog, sagte Clinton: "Wir werden mehr Einzelheiten darüber bekannt geben. Ich wollte diese Politik im vorhinein unseren Partnern der Freundesgruppe Burma mitteilen und auch damit signalisieren, dass sich die Vereinigten Staaten in beide Richtungen, Engagement und Sanktionen bewegen werden, um sicher zu sein, dass die burmesischen Führer - von denen einige, wie Sie wissen, sich derzeit in unserem Lande aufhalten oder bald kommen werden - verstehen, dass wir unsere Politik überprüfen."

Clinton forderte die Mitglieder, die an dem Treffen teilnehmen werden, zu einer angemessenen Betrachtungsweise der burmesischen Wahlen von 2010 auf, bis "wir die Wahlbeteiligungen bewerten können und feststellen, ob die Opposition und die ethnischen Gruppen daran teilnehmen".

Sie sagte, dass zum derzeitigen Zeitpunkt die burmesische Wahl nicht verworfen werden soll. "Gleichzeitig sollten wir Diskussionen mit den burmesischen Behörden fortsetzen, um deutlich zu machen, dass die internationale Gemeinschaft die Wahlen von 2010 nur soweit als einen positiven Schritt anerkennen wird, wie die burmesischen Behörden die volle Teilnahme der Mitglieder der Opposition und der ethnischen Gruppen erlauben werden".

Sie sagte, dass "jede Debatte, die Sanktionen gegen ein Engagement

ausspielt, eine falsche Wahl hervorruft. Auf dem Weg nach vorn werden wir die Anwendung beider Mittel gebrauchen".

"Jetzt Sanktionen aufzuheben wäre das falsche Signal, und wir werden die bestehenden Sanktionen aufrechterhalten, bis wir einen konkreten Fortschritt für Reformen sehen. Aber wir sind willens, die Erleichterung von Sanktionen zu erörtern als Antwort auf signifikante Aktionen seitens der burmesischen Generäle hinsichtlich Menschenrechte und demokratische Angelegenheiten, die den Fortschritt in Burma hemmen", sagte sie.

Mehr Engagement mit dem Westen wird ein neues Denken, Reform und Teilnahme an der Arbeit der internationalen Gemeinschaft ermutigen. Sie sagte: "Um Burma zu helfen, echte demokratische Reformen zu erzielen, müssen wir willens sein, uns direkt mit den burmesischen Behörden einzulassen".

Clinton sagte, dass die Burma-Politik der USA bekannte Themen und Mittel anwenden wird: Engagement, angemessene Sanktionen und humanitäre Hilfe.

"Es ist nicht das Ziel der Vereinigten Staaten, dem burmesischen Volk seinen Willen aufzuzwingen, sondern sicherzustellen, dass es in einem vereinten, friedvollen und blühenden Land lebt unter der Führung einer demokratischen Regierung, die die Rechte ihrer Bürger respektiert," sagte sie.

"Unsere Unterstützung für die demokratische Opposition des Landes wie auch für Aung San Suu Kyi und die National League for Democracy wird nicht wanken", sagte Clinton.

minye kyawswar <minyekyawswar8888@gmail.com> -
[8888peoplepower] Latest news: <http://8888newgenerations.blogspot.com/>
The mizzima News-
<<http://www.mizzima.com/news/inside-burma/2814-ban-urges-junta-to-create-conditions-for-credible-election-.html>>

Ban drängt Junta, Bedingungen für glaubwürdige Wahlen herzustellen - Mizzima News,

Donnerstag, den 24. September 2009

Neu-Delhi (Mizzima) - Der



↗ Generalsekretär der Vereinten Nationen drängte am Mittwoch die burmesische Regierung, Bedingungen für eine glaubwürdige Wahl in 2010 herzustellen und der UNO eine Rolle im Prozess zur nationalen Aussöhnung einzuräumen.

Ban Ki-moon machte den Appell während einer Konferenz der "Gruppe der Freunde Myanmars", an der am Mittwoch die Aussenminister von 14 Ländern teilnahmen.

In einer Erklärung, die nach der Konferenz herausgegeben wurde, sagte Ban, dass die Konferenz der "Freundesgruppe" die Chance gegeben hätte, ihre Übereinstimmung für die Unterstützung Burmas zu festigen und rief die Freunde, besonders Myanmars (Burmas) Freunde und Nachbarn dazu auf, mehr für die besten Interessen Myanmars (Burmas) und sein Volk zu tun".

Ban sagte, dass 2010 "kritisch" für Burmas Wahlen sein wird, die seit 20 Jahren zum ersten Mal stattfinden. Sie müssen in "einer alle umfassenden und glaubhaften Art durchgeführt werden, um die Aussicht auf Stabilität, Demokratie und nationale Entwicklung zu stärken."

Der UNO-Chef sagte, dass die Teilnahme an der "Freundesgruppe", so wie auch die konstruktiven Diskussionen ihn ermutigten, und er sagte: "Ich begrüße die Bereitschaft der Freunde, gemeinsame Anstrengungen hinsichtlich der nationalen Aussöhnung, zu einem demokratischen Übergang und wirklichen Respekt für Menschenrechte in Myanmar zu machen."

Der Freundesgruppe, die 2007 vom Chef der Weltorganisation gegründet wurde, gehören Australien, China, England, Frankreich, Indien, Indonesien, Japan, Norwegen, Russland, Singapur, Südkorea, Thailand, die Vereinigten Staaten und Vietnam wie auch die Europäische Union an.

Zin Linn <zinlinn@cscoms.com> - [NLDmembersnSupportersofCRPPnNLDnDASSK] NCGUB: News & Articles on Burma - 29. Sep 2009

DECCAN HERALD – Washington (OTI) : **den 29. September 2009**

<<http://www.deccanherald.com/content/27766/us-consult-india-china-its.html>>

Die USA werden Indien und China zu ihrer Burma-Politik konsultieren

Nachdem die Obama-Administration

am Dienstag bekannt gegeben hatte, dass sie in einen Dialog mit Myanmars Militärjunta treten will, berichtete sie, dass sie aktiv als Teil der neuen Burma-Politik die Hilfe der Länder wie Indien und China suchen werde.

„Wir werden unsere Beziehungen zu den ASEAN, China und Indien intensivieren, um die burmesische Führung zu Reformen zu drängen und sich verantwortlich an der internationalen Gemeinschaft zu beteiligen“, sagte der stellvertretende Staatssekretär für Ostasien und öffentliche Belange Kurt Campbell.

Indem er mitteilte, dass die Obama-Administration beabsichtige, in einen direkten Dialog mit der burmesischen Regierung zu treten, um den Weg für bessere Beziehungen zu ebnet, sagte Campbell: „Der Dialog wird besondere Gespräche bezüglich der Demokratie und Menschenrechte in Burma beinhalten, wie auch die Zusammenarbeit bei internationalen Sicherheitsthemen wie die Nichtverbreitung von Kernwaffen, sowie die Einhaltung von 1874 und 1718, sowie Gebiete, die von gegenseitigem Vorteil sein könnten wie die Rückerlangung von Gebieten aus dem 2. Weltkrieg“.

Gleichzeitig bestand er darauf, dass die USA keine Sanktionen aufheben werden, bevor ein konkreter Fortschritt bei Reformen auszumachen ist. „Die Aufhebung von Sanktionen würde ein falsches Signal aussenden. Wir werden den Burmesen zu verstehen geben, dass wir die Aufhebung von Sanktionen nur dann diskutieren werden, wenn sie bezüglich unserer Hauptanliegen handeln. Wir werden uns, falls nötig, die Option weiterer gezielter Sanktionen gegen Burma vorbehalten“, sagte er.

Indem er darauf hinwies, dass die fundamentalen Ziele in Burma unverändert bleiben, sagte Campbell, dass die Obama-Administration ein vereintes, friedliches, blühendes und demokratisches Burma unterstützen werde, das die Menschenrechte seiner Bürger achtet.

„Um dies zu erreichen, werden wir weiterhin die umgehende und bedingungslose Freilassung von Aung San Suu Kyi und aller politischer Häftlinge fordern, sowie die Beendigung der Konflikte mit den ethnischen Minderheiten und großer Menschenrechtsverletzungen und die Einführung eines glaubwürdigen inneren politischen Dialoges mit der demokratischen Opposition und den Führern der ethnischen Minderheiten als

Basis der Versöhnung und Reform,“ sagte er.

„Wir werden Burma auch zur Einhaltung seiner internationalen Verpflichtungen drängen, zu denen die Nichtverbreitung von Kernwaffen gehört wie auch die Beendigung militärischer Zusammenarbeit mit Nordkorea und die damit im Zusammenhang stehende Verbreitung von Kernwaffen, sowie die volle Einhaltung von 1874 und 1718 der Vereinten Nationen,“ sagte er.

„Sollte Burma einen sichtbaren Fortschritt hin zu diesen Zielen machen, wird es möglich sein, die Beziehungen zu den USA Schritt für Schritt zu verbessern. Wir wissen, dass dies wahrscheinlich ein langer und schwieriger Prozess sein wird, aber wir sind bereit, unsere Bemühungen an dieser Front aufrechtzuerhalten,“ sagte Campbell.

zin linn <zinlinn@yahoo.com.au> <zinlinn@hotmail.com> [NLDmembersnSupportersofCRPPnNLDnDASSK] NCGUB: News & Articles on Burma, 25. Sep 2009

Asia-Pacific News - Fri, 25. Sep 2009

<http://www.myanmarreport.com/news/asia-pacific/news/article_1501184_chahtaymyar_opposition_leader_ready_to_talk_sanctions_091025.html>

Oppositionsführerin in Myanmar bereit, mit der Junta über Sanktionen zu reden - 25. September 2009

Rangoon – Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi ist bereit, mit der regierenden Junta zu kooperieren, um den Westen dazu zu bewegen, unter drei Bedingungen Wirtschaftssanktionen gegen das Land aufzuheben, sagte ein verantwortlicher Sprecher am Freitag.

Daw Aung San Suu Kyi hat an Senior-general Than Shwe ein Schreiben bezüglich der Sanktionen gesandt, sagte Nyan Win, Sprecher für Suu Kyi. Than Shwe ist zur Zeit Myanmars starker Mann.

Die Nobelpreisträgerin Suu Kyi traf sich am Freitag während einer Stunde mit Nyan Win in ihrem Haus-cum-Gefängnis in Rangoon, um mit ihm ihre Meinung über Wirtschaftssanktionen zu besprechen. Dies geschieht aufgrund von Hinweisen, dass die Administration des US-Präsidenten Barack Obama versucht, „Kontakt“ mit dem Militärregime aufzunehmen

Suu Kyi hatte zu verstehen gegeben, dass sie nichts dagegen einzuwenden hätte, wenn Wirtschaftssanktionen des Westens gegen Myanmar, eines ... ↗

... der Haupttrümpfe gegen das Regime, aufgehoben würden, solange es ein „Engagement“ auf beiden Seiten gebe.

In ihrem Brief an Than Shwe sagte Suu Kyi, dass es notwendig sei, drei Punkte zu besprechen – zum einen, welche Länder Wirtschaftssanktionen erhoben hätten, zum anderen die Auswirkung dieser Sanktionen und schließlich warum sie ausgesprochen wurden.

Wirtschaftssanktionen werden seit 1988 gegen Myanmar erhoben, als das Militär prodemokratische Proteste brutal niederschlug, bei denen schätzungsweise 3000 Menschen den Tod fanden.

Die USA und Europa haben im Laufe der Jahre ihre Sanktionen verschärft, nachdem sich die Junta zuerst weigerte, den Sieg von Suu Kyis National League for Democracy (NLD) in den Wahlen von 1990 anzuerkennen und in der Folge Kritiker festnahm und jegliche Art der Kritik am Regime zum Schweigen brachte.

Suu Kyi hat 14 der vergangenen 20 Jahre unter Hausarrest verbracht, wo sie sich bis heute befindet.

Anfang des Jahres hatte der Chef der Junta wissen lassen, dass er in einen politischen Dialog mit Suu Kyi treten wolle, falls sie bereit sei, dabei mitzuwirken, dass der Westen die Sanktionen aufhebt.

Bis heute hat es Than Shwe abgelehnt, mit Suu Kyi zu reden. Auf eine Diskussion über die Gründe der Sanktionen einzugehen würde bedeuten, eine Diskussion auf Forderung der NLD zu beginnen.

Die meisten westlichen Nationen haben Than Shwe aufgefordert, als ersten Schritt zur Demokratisierung des Landes, das sich seit 1962 unter einer Militärregierung befindet, Suu Kyi und weitere 2000 politische Häftlinge zu entlassen. Suu Kyi und die NLD stellen dieselbe Forderung.

Am Mittwoch sagte Außenministerin Hillary Clinton am Rande der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York, dass sich die US-Administration zu einer Doppelstrategie entschlossen habe, das heißt zu einem Engagement wie aber auch zur Fortsetzung der Sanktionen.

„Wir sind der Ansicht, dass Sanktionen eine wichtige Rolle in unserer Politik spielen, aber sie allein haben nicht das Ergebnis gebracht, auf dass die Men-

schen in Burma gehofft haben,“ sagte Clinton, indem sie den ehemaligen Namen des ostasiatischen Landes gebrauchte.

„Engagement gegen Sanktionen ist unserer Ansicht nach die falsche Wahl,“ sagte sie.

Der Kongress wurde am Donnerstag über Einzelheiten der geplanten Gespräche informiert.

Washington hat Myanmars Militärrherrschaft, die seit 1962 regiert, aufgefordert, seinen Ruf bezüglich der Einhaltung von Menschenrechten zu verbessern, demokratische Reformen zuzulassen und die politischen Häftlinge, unter ihnen die Nobelpreisträgerin und Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi vor den allgemeinen Wahlen in 2010 freizulassen.

The Irrawaddy, 3. Oktober 2009

http://www.irrawaddy.org/highlight.php?art_id=16929

Suu Kyi und der Verbindungsoffizier der Junta treffen sich - Wai Moe

Wie ihre Partei, die National League for Democracy (NLD) berichtet, traf sich die burmesische prodemokratische Führerin Aung San Suu Kyi am Sonnabend zum ersten Mal nach fast zwei Jahren mit dem Verbindungsoffizier der regierenden Junta.

Nyan Win, der Sprecher der NLD berichtete heute dem The Irrawaddy, dass sich Suu Kyi mit Aung Kyi, einem Generalmajor im Ruhestand, der zugleich der Arbeitsminister des Regimes ist, für fast eine Stunde im Gästehaus der Regierung, das sich in der Nähe ihres Anliegens befindet.

Im Januar 2008 hatten sich die beiden zum ersten Mal getroffen.

„Das Treffen begann um 13 Uhr und dauerte 45 Minuten,“ sagte Nyan Win, der Suu Kyis Rechtsberater ist.

Er sagte, dass es nicht klar sei, ob dies eine Reaktion auf Suu Kyis Schreiben der vergangenen Woche an den Chef des Regimes, Seniorgeneral Than Shwe, ist. „Wir wissen immer noch nicht, ob sie (Suu Kyi und Aung Kyi) den Brief besprochen haben, da wir keinerlei Einzelheiten über das heutige Treffen erfahren konnten“, sagte er.

Suu Kyi hatte am 25. September in einem Brief an den obersten General des Landes darüber informiert, dass sie bereit sei, mit der Junta zusammenzuarbeiten, um die Sanktionen, die über das Land verhängt wurden, aufzuheben. Sie bat auch, sich mit Gesandten der Vereinigten Staaten, der Europäischen Union und Australien treffen zu können, um Näheres über die Sanktionen zu erfahren.

Quellen der NLD berichten, dass bisher keine Antwort auf Suu Kyis Brief erfolgt sei.

Lt. Nyan Win, erhielt Suu Kyis Hausarzt, Tin Myo Win, die Erlaubnis, sie am Freitag von 14 bis 16 Uhr zu besuchen. Es war der erste Besuch seit dem 20. September, als er diagnostizierte, dass Suu Kyi an niedrigem Blutdruck leide.

„Soweit ich weiß, geht es Daw Aung San Suu Kyi gut und sie ist guter Dinge“, sagte Nyan Win.

Aung Kyi war zum „Verbindungsminister“ ernannt worden, um im Oktober 2007 Kontakte mit der inhaftierten prodemokratischen Führerin zu koordinieren, nachdem die Junta wegen der brutalen Niederwerfung der Demonstrationen unter Führung der buddhistischen Mönche im vorangegangenen Monat unter heftige internationale Kritik geraten war.

Während einer Pressekonferenz im Dezember 2007 sagte Aung Kyi, dass die Gespräche mit Suu Kyi gute Fortschritte machen würden.

„Ich habe mich dreimal mit Daw Aung San Suu Kyis getroffen. Wir haben in unseren Treffen Fortschritte gemacht. Das erste Treffen diente dazu, Verständnis zwischen uns herzustellen. Das zweite Treffen fand zur Festlegung eines Rahmenwerkes für die Zukunft statt. Im dritten Treffen wurden Punkte dieses Rahmenwerkes besprochen,“ hatte Aung Kyi seinerzeit gesagt.

Danach fanden noch drei weitere Treffen statt, aber die Gespräche kamen im Januar 2008 zu einem abrupten Ende, als Suu Kyi sagte, dass sie im grossen und ganzen dazu dienten, nichtige Dinge zu besprechen. Sie sagte, dass einige ihrer stundenlangen Treffen fast gänzlich dazu verwendet wurden, semantische Unterschiede zwischen Wörtern wie „Kooperation“ und „Zusammenarbeit zu machen.“

Rangoon steht heute unter strengen Sicherheitsvorkehrungen, da ...

... die Behörden Demonstrationen der Mönche verhindern wollen, die die Junta auffordern, sich für den Zwischenfall zu entschuldigen, der den Aufbruch vor zwei Jahren verursachte.

Die All Burma Monk's ALLiance hat den 3. Oktober als letzten Termin für das Regime genannt, sich für die brutale Niederwerfung friedlicher Demonstrationen der Mönche in der Stadt Pakkoku im September 2007 zu entschuldigen. Sie fordert auch die Freilassung aller Mönche, die seit der Niederwerfung des massiven Aufbruchs, der durch die Proteste in Pakkoku hervorgerufen wurde und der als die „Safran-Demonstration“ bekannt ist, festgenommen wurden.

„Bereitschaftspolizei ist rund um die Shwe Dagon Pagoda wie auch um alle größeren Klöster der Innenstadt positioniert,“ sagte ein Bewohner Ran-

goons.

Daily News and Economic Review, UN-Myanmar, Freitag den 2. Oktober 2009 <http://www.hurriyetdailynews.com/wires.php?id=3005997_un-myanmar-geneva-china-other-allies-of-myanmar-junta-join-call-for-aung-san-suu-kyis-release>

China sowie weitere Alliierte der Junta Myanmars fordern die Freilassung Aung San Suu Kyis

Genf (AP): China und weitere Verbündete der Militärregierung in Myanmar haben sich der internationalen Forderung nach Freilassung der inhaftierten

Oppositionsführerin Aung San Suu Kyis angeschlossen. Indien und Russland beteiligten sich ebenfalls an der Forderung der europäischen Länder und den USA, alle politischen Häftlinge freizulassen und ihnen die Teilnahme an der Wahl, die für das kommende Jahr geplant ist, zu ermöglichen. Die 47 Mitglieder des UN-Menschenrechtsrats nahmen in Genf einstimmig diese Resolution an, nachdem ein Gericht in Myanmar am Freitag das letzte Ersuchen Suu Kyis um Freilassung abgelehnt hatte.

Besonders Beijing hatte traditionsgemäß seinen südlichen Nachbarn vor weltweiter Kritik geschützt. Suu Kyi hat 14 der vergangenen 20 Jahre in Haft verbracht.

Folgende Bücher können Sie über Burma Büro e.V., Köln erwerben:

**ဆရာတင်မိုး
ခွတ်ဒေါင်းအလံအော် ရာသို့
[လွတ်မြောက်ရေးကဗျာများ]
Gedichte**

Von Saya Tin Moe
(80 Seiten) in burmesisch Euro 5.- + Porto

Zehn Jahre weiter

Leben und Ansichten eines burmesischen Studenten während seiner politischen Gefangenschaft.

von Moe Aye
(170 Seiten) in deutsch Euro 10.- + Porto
Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln

Tel: 0221-9522450 Fax:0221-9522470

[e-Mail: burmabureaugermany@t-online.de](mailto:burmabureaugermany@t-online.de)

Sie wollen die Menschen in Burma auf ihrem Weg zu Frieden, Freiheit, Demokratie und Menschenrechten unterstützen?

Dann unterstützen Sie die Arbeit des Burma Büros – zum Beispiel als Mitglied oder Förderer/ Förderin unseres Vereins.

Nähere Informationen zu uns, zur Mitgliedschaft und zu den Fördermöglichkeiten erhalten Sie, wenn Sie diesen Coupon an das **Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln** schicken.

Name:

Adresse:

Tel./Fax:

e-Mail:

Bemerkungen:

Übrigens: Spenden auf unser Konto sind steuerlich absetzbar.

Spendenkonto: Postbank, Dortmund Kto.Nr. 45 45 31 468 BLZ.: 440 100 46

Hrsg.: Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln. Tel: 0221-9522450 Fax:0221-9522470 e-Mail: burmabureaugermany@t-online.de

<http://www.burmabureaugermany.com>

<http://www.burma-report.de>

Hrsg.: Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln. Tel: 0221-9522450 Fax:0221-9522470
e-Mail: burmabureaugermany@t-online.de -

<http://www.burmabureaugermany.com>

<http://www.burma-report.de>